

## Rezensionen

- I. *Heinz-Werner Meyer* (Hg.): Aufbrüche - Anstöße, Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 1, Köln: Bund, 1994, ISBN 3-7663-2538-8, 167 S., DM 19,90
- II. *Heinz-Werner Meyer* (Hg.): Sozial gerecht teilen - ökologisch umsteuern? Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 2, Köln, Bund: 1994, ISBN 3-7663-2539-6, 171 S., DM 19,90
- III. *Dieter Schulte* (Hg.): Industriepolitik im Spagat. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 3, Köln: Bund, 1995, ISBN 3-7663-2620-1, 195 S., DM 19,90
- IV. *Dieter Schulte* (Hg.): Erneuerung des Sozialstaates, Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 4, Köln: Bund, 1996, ISBN 3-7663-2621-X, 173 S., DM 19,90

Noch nie in ihrer einhundertjährigen Geschichte, so stand es 1993 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ zu lesen, sahen sich die deutschen Gewerkschaften hinsichtlich ihrer programmatischen Orientierungen einem so großen Klärungsbedarf gegenüber wie heute. Die gewerkschaftliche Programmdebatte ist seither im Gange. Die Buchreihe soll sie einem größeren Interessentenkreis zugänglich machen und Anstöße für den notwendigen Diskussionsprozeß geben. Autor/inn/en aus Wissenschaft, Publizistik, Politik, Wirtschaft und den Reihen der Gewerkschaften selbst sind in den vier Bänden

versammelt. Die einzelnen Beiträge sind themenzentriert gebündelt, ohne daß trennscharfe Abgrenzungen immer möglich sind: Beiträge zur Verteilungsgerechtigkeit oder zu industriepolitischen Standortdebatten z.B. enthalten - wie kaum anders zu erwarten - zahlreiche Bezüge zum Thema Sozialstaat. Leider finden sich in den einzelnen Bänden keine inhaltlichen Einführungen und Bündelungen der Diskussion zu den jeweiligen Themenkomplexen, die die Leser/-innen auf die darin enthaltenen Kontroversen aufmerksam machen würden. Insofern wird die Möglichkeit nicht voll ausgeschöpft, mit diesen Bänden den gewollten Diskurs anzuregen. Aber hier könnte eine Chance dieser Sammelrezension liegen, in der ohnehin nur selektiv auf einzelne der vielen Beiträge eingegangen werden kann. Sortiert man weniger nach den Themenkomplexen und stärker nach Herkunft der Autor/-inn/en, dann werden Spannungsbögen, Kontroversen, Herausforderungen dieser gewerkschaftlichen Programmdebatte sichtbar.

Betrachtet man zunächst die Spannbreite der *Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik* - wohl sämtlich von Autor/inn/en, die den Gewerkschaften aufgeschlossen gegenüberstehen oder auch eng verbunden sind -, so fällt auf, daß deren Auffassungen doch in bemerkenswert vielen Punkten konvergieren: Durchgängig wird der tiefgreifende Charakter der stattfindenden gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationen unter den Vorzeichen von Europäisierung und Globalisierung, gesellschaftlichem Wertewandel, technologischen Innovationen und ökologischen Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung betont. Vergleiche zur ersten oder zweiten industriellen Revolution werden von manchen Autoren gezogen. Von epochalen Umwälzungen und einer „gewaltigen Metamorphose“ (*Lebaube IV*) ist die Rede. Und dabei spielt für keinen der Autoren das

Kapital-Arbeit-Paradigma noch länger die entscheidende und handlungsorientierende Rolle. Vielmehr geht es um unterschiedliche Entwicklungspfade unter der Voraussetzung einer kapitalistischen Ökonomie - etwa zwischen „angelsächsischem“ oder „rheinisch-alpinem Kapitalismus“. Einzelne Beiträge weisen darauf hin - so *Vester (I)* in einem informativen Aufsatz über Ergebnisse der neueren Lebensweltforschung -, daß eine entsprechende Entideologisierung der gewerkschaftlichen Programmatik zugleich eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, in neuen sozialen Milieus Fuß zu fassen. Für etliche Autoren ist es durchaus nicht mehr selbstverständlich, Gewerkschaften und Zukunft oder Zukunftsfähigkeit zu assoziieren (*Koch IV, von Weizsäcker II*). Andere heben hervor, daß heute die gewerkschaftspolitischen Gestaltungsansprüche der Gewerkschaften in Frage stehen und die Zeiten, in denen sie vielleicht noch glauben konnten, Antworten auf alle wichtigen Zukunftsfragen der Gesellschaft bereithalten zu müssen, nun wirklich vorüber sind (*Detting II, Hengsbach I, Silvia/Markovits I*), daß im Gegenteil auf immer wichtiger gewordenen Feldern - wie dem der Ökologie - gewerkschaftliche Handlungspotentiale sehr nüchtern eingeschätzt werden sollten (*von Weizsäcker II, Steger II*).

Durchgängig finden sich auch Analysen, die auf eine Relativierung des Stellenwerts von Erwerbsarbeit als der zentralen Institution sozialer Integration in den modernen Industriegesellschaften hinauslaufen, auf der dann das ganze Institutionengefüge der sozialen Sicherungssysteme aufbaut und mit der zugleich auch die Gewerkschaften auf das engste verknüpft sind. Kein Beitrag aus wissenschaftlicher oder publizistischer Sicht räumt den unverändert proklamierten Zielen staatlicher Vollbeschäftigungspolitik nach zwei Jahrzehnten regelmäßig angestiegener Sockelarbeitslosigkeit noch realistische Chancen ein. Die „goldenen dreißig Jahre“ der Ökonomie des Fordismus hätten so gesehen eine Illusion von Stabilität erzeugt und die auch in dieser Zeit erhebliche Dynamik ökonomischer und sozialer Entwicklung eher verdeckt. Auch die heutigen Tendenzen einer sozialen Spaltung moderner Industriegesellschaften

(„Zweidrittelgesellschaft“) würden allzu leicht zu statisch interpretiert (*Leisering/Leibfried IV*) Biographisch betrachtet seien z.B. unsichere Beschäftigungsverhältnisse für viele Menschen vorübergehende Erfahrungen; und nicht zuletzt deshalb seien sie von der Gesellschaft insgesamt noch ohne wirklich große Erschütterung ihrer Kohäsionskraft zu verarbeiten. Aber auch historisch betrachtet seien die Gewerkschaften immer mit sehr dynamischen sozialen Prozessen, etwa Umschichtungen in den sozialen Milieus ihrer Klientel konfrontiert gewesen. Insofern stünden sie angesichts der heutigen Krise industrieller Arbeitsgesellschaften nicht vor völlig neuen Herausforderungen (*Vester I*).

Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften sei es aber, ohne Illusionen, schonungslos und mutig den Herausforderungen ins Auge zu sehen. Auch wenn vor den Gewerkschaften angesichts der Nicht-Reformierbarkeit des alten Sozialstaates - so *Koch (IV)* in einer der wohl radikalsten und pointiertesten Analysen in den vier Bänden - wahrhaft „eine furchterweckende Aufgabe“ steht, die Warnung, bei der bloßen Verteidigung der institutionell noch leidlich befestigten alten Bastionen die Gewalt über das systemisch verselbständigte, ablaufende Geschehen vollends zu verlieren (*Lebaube IV*), zieht sich durch viele der Beiträge.

Sicherlich bleiben die Beiträge der Wissenschaft z. T. handlungsfern bei allgemeinen Analysen stehen. Aber es werden auch eine Reihe mehr oder minder konkreter Vorschläge unterbreitet: Sie beginnen mit der Aufforderung an die Gewerkschaften, sich für einen weiten, auch große Bereiche der Nicht-Erwerbsarbeit einschließenden Arbeitsbegriff zu öffnen, um so angesichts der Krise der Arbeitsgesellschaft die Voraussetzungen für eine Bewahrung und Erneuerung ihres gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruches zu schaffen (*Detting II, Hengsbach I, Lebaube IV*). Sie erstrecken sich auf Vorschläge für eine Entkoppelung von sozialer Sicherung und Teilhabe am Arbeitsmarkt, also eine staatlich garantierte, aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanzierte Grundsicherung (*Koch IV, Vobruba IV, Lebaube IV, Rödel IV*).

Sie erörtern Möglichkeiten, Teile der Schattenwirtschaft mittels einer negativen Einkommenssteuer in die offizielle Ökonomie zu überführen oder den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt aktiv zu gestalten, um der fortschreitenden Erosion der sozialen Sicherungssysteme wenigstens partiell entgegenzuwirken (*Scharpf IV, Dettling IV, Vobruba IV*). Oder sie legen den Gewerkschaften nahe, sich für die Durchsetzung einer einkommensneutralen Ökosteuer einzusetzen, um Energie und Rohstoffe an Stelle von Arbeit zu verteuern und über dieses Steueraufkommen zugleich Systeme der sozialen Sicherung zu finanzieren und Impulse für ein nachhaltiges Wachstum auszulösen (*von Weizsäcker II*). Die Notwendigkeit der Durchsetzung eines internationalen Konsenses über die Nutzung dieses Instruments, oder möglicherweise auch funktionaler Äquivalente, wird gesehen, aber ihr werden auch Chancen eingeräumt.

Die *Beiträge von Repräsentanten der Politik* (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) reflektieren die tiefgreifenden Umbrüche und Transformationen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in unterschiedlicher Weise. Daß z.B. *Biedenkopf* (II) vor dem Hintergrund seiner Diagnose einer tiefgreifenden Krise des Arbeitsmarkts für Modelle einer steuerfinanzierten Grundsicherung wirbt, um das Sozialverhältnis, insoweit es sich nicht mehr über eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit finanzieren und begründen läßt, „zu einer selbständigen Beziehung der Bürger zur Gemeinschaft“ auszugestalten, ist seit längerem bekannt. Daß andere Repräsentanten aus den großen politischen Parteien, vornehmlich in der Logik einer Weiterentwicklung altbewährter Rezepte, das Ziel zumindest einer wieder größeren Annäherung an Vollbeschäftigung weiterhin proklamieren (*Fahrtmann II*), ist nicht überraschend. Wir finden hier aber auch Überlegungen zu Investivlohnmodellen als Instrument struktur- und industriepolitischen Handelns. *Ullmann* (I) ist in seiner Analyse der Beschäftigungskrise radikaler und versucht, die „Grenzen des Wachstums“ auch als Chance der Gewerkschaften zu begreifen.

Insofern die Sammelbände Impulse für die gewerkschaftliche Programmdiskussion geben

sollen, sind freilich die *Beiträge gewerkschaftlicher Autor/inn/en*, und dann natürlich auch diejenigen von *Vertretern der Wirtschaft* von besonderem Interesse. Und hier fällt auf, daß die handelnden Personen aus diesen Bereichen den Analysen und Vorschlägen aus der Wissenschaft doch - vorsichtig formuliert - sehr zurückhaltend gegenüberstehen. So bemerkenswert offen der Beitrag des verstorbenen früheren DGB-Vorsitzenden *Hans-Werner Meyer* (I) ist - sein Nachfolger *Dieter Schulte* (III) bezieht sich in seinem Beitrag zu industriepolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften weniger auf die wissenschaftliche Diskussion, wie zu diesem Themenkomplex überhaupt vor allem Repräsentanten aus Wirtschaft und Verbänden zu Wort kommen -, so sehr sind die meisten anderen Aufsätze von Gewerkschaftsfunktionär/innen (*Benz-Overhage II, Engelen-Kefer IV; Rappe III, Arens III*) bei allen unterschiedlichen Akzentsetzungen doch geprägt von alten Themen und Fragestellungen.

Während *Meyer* in seinem persönlichen Beitrag zur Programmdebatte u. a. Wert legt auf: (1) eine Zentrierung auf die Frage nach der Zukunft der Arbeit und eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik, (2) zugleich aber auch auf einen weiten Arbeitsbegriff, (3) eine Öffnung für die Auseinandersetzungen im Spannungsfeld ökonomischer und ökologischer Herausforderungen im Zeichen von Globalisierung, Wertewandel usw.; und während er (4) bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit auch vom „Teilen innerhalb der Klasse“ spricht und (5) die „Inhaltsleere des Gegenmachtbegriffs“ und die „Untauglichkeit des Antagonismus von Arbeit und Kapital“ zur Erklärung der heutigen Wirklichkeit betont und (6) die Gewerkschaften vor der Herausforderung sieht, gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht weiterhin zur Geltung zu bringen, setzt *Benz-Overhage* die Akzente ganz anders. Allerdings datiert ihr Beitrag noch deutlich vor der durch den IGM-Vorsitzenden *Zwickel* angestoßenen Diskussion um ein Bündnis für Arbeit. Hier wird lediglich eingeräumt, daß der „prinzipielle Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit“ „vielfältiger und komplexer“ geworden sei. Die Verteilungsfrage gilt ihr als Kernfrage gesell-

schaftlicher Auseinandersetzung, und verbunden mit scharfer Kritik an den Umverteilungen „zugunsten des Kapitals“ in den achtziger Jahren wird das Mai-Motto des DGB von 1992 („Teilen verbindet“) sehr zwiespältig bewertet. Vor dem Hintergrund entsprechender programmatischer Aussagen in alter gewerkschaftlicher Tradition geht es ihr darum, daß die Gewerkschaften „auch zukünftig Motor des Fortschrittsgedankens bleiben“.

Aber markant im Vergleich wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Beiträge zur Programmdebatte sind nicht so sehr diese Rückgriffe auf alte Verbandsideologien, die sich weiter abschwächen werden und in der wissenschaftlichen Diskussion wie auch in weiten Teilen der für die Gewerkschaften wichtigen neuen sozialen Milieus keine Resonanz mehr finden. Hervorstechend ist vielmehr, daß in allen anderen Beiträgen aus den Reihen der Gewerkschaften die unerschütterliche Orientierung an den Werten der industriellen Arbeitsgesellschaft und ihrem Institutionengebäude prägend ist: Vollbeschäftigung als nach wie vor realistisches Ziel, Erwerbsarbeit als zentrale Institution sozialer Integration in unsere Gesellschaft, Finanzierbarkeit der zentralen Institutionen sozialer Sicherung nach begrenzten Reformen, Ausbau tripartistischer Politikmuster im Bereich der Industrie- und Technologiepolitik, das sind die Stichworte. In einem Wort, es geht um die Verteidigung alter Bastionen, wobei heute auch „Mut zum Konservatismus“ (*Engelen-Kefer IV*) gefordert sei.

In bezug auf das Institutionengefüge unserer sozialstaatlichen Demokratie kann der Kontrast zu den *Beiträgen aus Wirtschaft und wirt-schaftsnaher Publizistik* kaum größer sein. Klar dominieren ultraliberale Positionen. Von der Zitierung des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz über die Konstatierung seiner „erschöpften Leistungsfähigkeit“ zur Kritik an der begrifflichen Unschärfe des „Hilfszeitwortes“ Sozialstaat führt *Altmann (IV)* seine Argumentation. Im Zeichen des globalisierten Wettbewerbs steht die soziale Marktwirtschaft mehr oder weniger

deutlich zur Disposition. Begriffe wie „Vergesellschaftung der Sozialpolitik“ und „öffentliche Privatisierung“ bleiben diffus. Deregulierung und Entstaatlichung, in der Sozialpolitik wie auch in der Industriepolitik sind die Devise. Letztere reduziert sich für *von Wartenberg (III)* weithin auf die „Verbesserung von Rahmenbedingungen“ durch staatliche Politik. Für *Ahlfeldt (III)* ist nationalstaatliche Industriepolitik in Zeiten globalisierter Wirtschaft ohnehin schon fast ein „Traum aus vergangenen Zeiten“. Als Akteure eines zu intensivierenden technologiepolitischen Dialogs nennt *von Wartenberg* nur Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aber auch bei den Vertretern der Wirtschaft zeigt sich, daß ihre Argumente den Werten der industriellen Arbeitsgesellschaft verhaftet sind, freilich in anderer Einfärbung: Sie reichen hier von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen bis hin zur Vollbeschäftigung bei marktgerechten Preisen nach dem Modell der „*working poor*“ in den USA.

Was sich so an den Beiträgen aus Wirtschaft und Gewerkschaften aufdrängt, ist das Bild der vermeintlichen Alternativen Verteidigung des alten Sozialstaates oder Herbeiführung des ultraliberalen angelsächsischen Modells, die *Lebaube IV* in seinem Beitrag über „Perspektiven eines künftigen Sozialstaates“ als „gleichermaßen tödliche Hypothesen“ charakterisiert. Für die Entwicklung des in diesen Alternativen eingeschlossenen Dritten hat heute sicherlich niemand fertige Antworten, aber immerhin gibt es aus Wissenschaft, Publizistik und Politik Anstöße, die in den vier bislang vorliegenden Sammelbänden dokumentiert sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich in den hier besprochenen Bänden am ehesten bei Autoren aus der Kirche bzw. mit Nähe zur christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft (*Hengsbach I, Dettling II*) noch so etwas wie visionäre Kraft - freilich diesseits verbrauchter alter Utopien - und auch die vehementeste Verteidigung der historischen Leistungen der vergangenen sozialistischen Arbeiterbewegung finden, verbunden mit der Aufforderung, auf neue Fragen neue

Antworten zu finden. Wieweit die Programmdiskussion des DGB dazu wirklich in der Lage ist, muß die Zukunft erweisen.

*Helmut Martens (Dortmund)*

*Robert B. Reich: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt a.M./Berlin: Ullstein, 1993, ISBN 3-550-06824-7, 415 S., DM 49,80 (amerikanischer Originaltitel: The Work of Nations, New York, 1991)*

*Horst Afheldt: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München: Verlag Antje Kunstmann, 1994, ISBN 3-88897-085-7, 265 S., DM 39,80*

Beide Autoren illustrieren die im Kontext der Globalisierung zunehmende soziale Ungleichheit in ihren Gesellschaften. *Afheldt* tut dies vorwiegend aus deutscher Sicht (und spricht dabei voreilig vom bereits eingetretenen Tod des Sozialstaates). *Reich* diagnostiziert, wie er es nennt, gar eine „Sezession“, d.h. eine Abspaltung des oberen Fünftels der US-amerikanischen Gesellschaft (die Anspielung auf den amerikanischen Bürgerkrieg dürfte nicht unbeabsichtigt sein). Die Unterschiede liegen hauptsächlich in den analytischen Fokussierungen. Auf die durch die Globalisierung ausgelöste Neustrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft der Vereinigten Staaten konzentriert sich *Reich*: die Entstehung globaler Unternehmensnetzwerke und ihre neue Funktionselite, die Symbolanalytiker, die auch der soziale Gewinner ist. Bei *Afheldt* steht der destabilisierende Charakter internationaler ökonomischer Prozesse im Zentrum. Er prognostiziert, der globale Standortwettbewerb um die niedrigsten Löhne und Sozialnormen führe zu einer Spirale nach unten.

*Reich* konstatiert in den USA eine Schieflage der Einkommensverteilung: 1990 erhielt das

ärmste Fünftel der US-Bürger nur 3,7% des Volkseinkommens (1970 waren es 5,5%), das reichste Fünftel erhielt mehr als die Hälfte und die reichsten 5% über 26% des Volkseinkommens. Das ist der größte Anteil des reichsten Fünftels am Volkseinkommen in der Geschichte der USA überhaupt. Zugleich fallen immer mehr Arbeitende unter die offizielle Armutsgrenze: Mehr als die Hälfte der 32,5 Millionen Amerikaner, deren Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze lag, lebten in Haushalten mit wenigstens einem arbeitenden Familienmitglied. Diese Entwicklung hin zu extremer Ungleichheit ist, so *Reich*, primär durch Arbeitsmarktentwicklungen verursacht. Staatliche Politik begünstigte aber die Entwicklung zur Ungleichheit. Während die Steuerbelastung zwischen 1969 und 1989 insgesamt kaum stieg, wurde das Steuer- und Abgabensystem regressiv umgestaltet: Sozialversicherungssteuern, Umsatzsteuern, Straßenbenutzungsgebühren und das Wassergeld wurden erhöht, der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer wurde dagegen gesenkt. Begleitet wird diese ungerechte Besteuerung von einem Niedergang der öffentlichen Investitionen - auch im Bildungssektor. Mittlerweile sinkt der Anteil der College-Studenten an der Gesamtbevölkerung, wofür steigende Studiengebühren, sinkende Familieneinkommen in den mittleren und unteren Rängen und eine sinkende staatliche Unterstützung verantwortlich sind. Die gleichzeitige Absetzbewegung der Reichen wird bei Niedergang staatlicher Infrastruktur erst durch Schaffung privater Infrastruktur bei Sicherheitspersonal, Freizeiteinrichtungen, Schulen und Universitäten möglich.

Für die Bundesrepublik konstatiert *Afheldt* ähnliche Entwicklungen. Er zeigt auf, daß hier seit Beginn der 80er Jahre die Arbeitnehmer nicht mehr am Zuwachs des Bruttosozialprodukts partizipieren: Während zwischen 1980 und 1990 das Bruttosozialprodukt real um 23% zunahm, stiegen in diesem Zeitraum die Nettolöhne real praktisch nicht mehr. Die Finanzierung staatlicher Tätigkeit erfolgte auch hier stärker zu Lasten der Lohnabhängigen: 1991 hätten diese etwa 20% mehr von jeder Mark